

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Reklametexte ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 26. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Begegnung Loucheur-Kathenau.

Kathenaus Wiederaufbauvorschläge.

Paris, 26. August. (E.E.) Der Berliner Korrespondent des 'Echo de Paris' ...

Der zweite Teil des Kathenauschen Manuskripts behandelt die Handelsbeziehungen deutscher Firmen ...

Bezüglich der Holzhäuser würde Kathenau ein neues Projekt vorlegen. Diese neuen Holzhäuser ...

Paris, 26. August. (W.Z.) Nach einer Meldung des 'Journal' wird bezüglich der Zusammenkunft von Kathenau ...

Pariser Stimmen gegen Jshii.

Paris, 26. August. (E.P.) Der 'Petit Bleu' beschuldigt in seinem Leitartikel die spanische Regierung ...

Paris, 25. August. (E.P.) 'Chicago Tribune' hatte gemeldet, daß Da Cunha, brasilianischer Gesandter ...

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Washington, 26. August. (E.E.) Der amerikanische Sequester des beschlagnahmten feindlichen Eigentums Miller ...

Regierung erlittenen Schäden dienen. Die Ansprüche, die Amerika gegenüber Deutschland zu erheben hat ...

Der Mordprozeß gegen Jofcke.

Larnowit, 25. August. Von einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Kriegesgerichts ...

Es wird die Bornahme einer sofortigen Leichenschau durch zwei alliierte Sachverständige ...

Ein diplomatischer Schritt in Berlin.

Paris, 26. August. (W.Z.) Havas meldet aus London: Die englische Regierung hat dem Botschafter in Berlin ...

Ratowit, 26. August. (W.Z.) Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien teilt mit: Die am vergangenen Sonntag ...

Die Interalliierte Kommission wird sich der Sicherheit der zurückgekehrten Flüchtlinge ganz besonders annehmen ...

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien und der Oberste Polnische Volkerrat werden durch besondere Beauftragte ...

Die Interalliierte Kommission hat ihre weitgehende Unterstützung und Mitwirkung für die noch den deutsch-polnischen Vereinbarungen zu bildenden paritätischen Ausschüsse ...

Neuer Wahlsieg der Labour Party.

London, 26. August. (E.L.) Bei einer Erwahlung für das Parlament in Caerphilly in Wales wurde ein Mitglied der Arbeiterpartei mit 13 699 Stimmen gewählt ...

Agrarische Trugbilanzen.

Eine Rundgebung des Landbundes Provinz Sachsen, welche von konservativen Blättern mit besonderer Freude aufgenommen wurde ...

Nach den Schätzungen von Sachverständigen wird für das Erntejahr 1921 ein Durchschnittsergebnis von 7 Zentner Roggen je Morgen erwartet ...

(Die Unkosten sind aus rund 1000 landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Sachsen errechnet.)

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes rows for a) Aussaat 1920 (80 M.), b) Ackerbearbeitung (Stoppeln 25 M., Pflügen 50 M., etc.), c) Böden (Mähen 50 M., etc.), d) Ausfälliger (240 M.), e) Allgemeine Wirtschaftskosten (180 M.), f) Steuerliche Belastung (925 M.).

95 Pfennige drauf zu zahlen!

Die deutsche Landwirtschaft hat durch das Umlageverfahren 55 Millionen Zentner Votgetreide aufzubringen. Da sie an jedem Zentner 27,15 M. zahlen muß ...

Was die Unkostenberechnung in dieser Aufmachung betrifft, die angeblich aus 1000 sächsischen Betrieben errechnet sind, so wollen wir diese nicht beanstanden ...

Bei den Einnahmen der Aufmachung trifft die Bemerkung: 'das Stroh findet Verwendung in der eigenen Wirtschaft' nur zu einem Teil zu. Hier handelt es sich um eine bewusste Irreführung ...

Das ganze Milliardenangebot der Landbündler an das deutsche Volk stellt sich also schon beim ersten Anlegen der kritischen Sonde als ein grober Schwindel dar.

Der Landbund Provinz Sachsen hat sich im Gegenteil das unbestreitbare Verdienst erworben, aus 1000 Wirtschaften den Beweis dafür erbracht zu haben, daß die deutsche Landwirtschaft selbst dann noch ein recht auskömmliches Geschäft machen würde ...

Wenn man selbst für Weizen, Hafer und Gerste die durchschnittlichen Erträge bloß auf 9 Zentner vom Morgen schätzt ...

so stellt sich nämlich auf Grund der Unkostenberechnung des Landbundes der Provinz Sachsen die Rechnung folgendermaßen:

Für 1 Morgen Weizen:	
Einnahmen: 9 Ztr. Weizen je 115 M.	1035 M.
18 „ Stroh „ 15 „	270 „
1805 M.	
Ausgaben: Gesamtunkosten nach Landbund	
Sachsen	925 M.
Zuschlag für Saatgut und erhöhte Pflege	90 „
955 M.	
Reiner Zinsenüberschuß je Morgen	350 M.
Für 1 Morgen Gerste:	
Einnahmen: 9 Ztr. Gerste je 100 M.	900 M.
18 „ Stroh „ 15 „	270 „
1095 M.	
Ausgaben: Gesamtunkosten lt. Landbund	
Sachsen	925 M.
170 M.	
und selbst für 1 Morgen Hafer:	
Einnahmen: 9 Ztr. Hafer je 90 M.	810 M.
13 „ Stroh „ 15 „	195 „
1005 M.	
Ausgaben: Gesamtunkosten nach Landbund	
Sachsen	925 M.
80 M.	

Der Reichsernährungsminister und die bürgerlichen Parteien haben aber dafür gefordert, daß die Landwirte auch die „erforderliche Lust“ und den „nötigen Anreiz“ zur Produktion bekommen. Deshalb hat man von der Ernte nur einen Bruchteil beschlagnahmt. Gering geschätzt beträgt die diesjährige Ernte an Roggen, Weizen, Gerste und Hafer mindestens 15—16 Millionen Tonnen. Davon sind nur 3 Millionen, also nur ein Fünftel, zu Höchstpreisen beschlagnahmt, während vier Fünftel zur Verfügung des Landwirts bleiben, die er entweder auf dem Markte verkaufen oder lohnend in der eigenen Wirtschaft verwenden kann. Wenn der Landbund Provinz Sachsen die Selbstkosten für 1 Zentner umlagefreies Getreide auf 213,60 M. berechnet, so ist das schon deshalb ein ausgefallener Schwindel, weil ja, wie wir gesehen haben, gar kein Defizit zu decken ist, und weil das Verfahren, bei einer Produktionskostenberechnung den in der Wirtschaft verbleibenden Anteil der Produkte (Stroh, Selbstverfoger, Deputat- und Futtermittel) einfach bei den Einnahmen außer Anschlag zu lassen, eine plumpe Spekulation auf die Unwissenheit und Unerfahrenheit weiter Kreise des Volkes in landwirtschaftlichen Dingen darstellt. Alles, was in der Wirtschaft von den Erzeugnissen bleibt, wird heute dort sehr gut verwertet. Außerdem werden dem einzelnen Landwirt auf die Umlage die Selbstverfogerungen und die Deputatleistungen voll angerechnet. Es bleibt also nicht daran zu rütteln, daß vier Fünftel der Ernte für den Landwirt zur freien Verfügung bleiben und daß mit diesen vier Fünfteln auch nicht ein Pfennig Verlust vom Umlagegetreide zu decken ist.

Wenn man die vorjährige Getreideanbaufläche, die wir von der Reichsgetreidefeststellung erfahren, zugrunde legt, so betragen unter sehr vorsichtiger Veranschlagung der diesjährigen Ernte die Roheinnahmen aus Getreide mindestens 62 020 Millionen Mark; die Ausgaben dagegen unter Berücksichtigung der Differenz für 3 Millionen Tonnen Umlagegetreide gegenüber frei verwertbarem Getreide und der Unkosten laut Landbund Sachsen 38 069 Millionen Mark.

Also ergibt sich, wenn man nach dem Landbund Provinz Sachsen den Reichsdurchschnitt zieht, für die gesamte deutsche Landwirtschaft nach Deckung aller Unkosten einschließlich Steuern und Zinsen noch ein Zinsenüberschuß von 23,9 Milliarden Mark allein aus der Getreidewirtschaft. Das sind je Hektar 2680 M., für den Morgen 670 M.

Wir wissen wohl, daß es Wirtschaften mit schlechtem Boden und geringeren Erträgen gibt, die unter dem Durchschnitt bleiben, daß es aber auch andere gibt, die weit darüber hinauskommen.

Außerdem haben wir jetzt von vielen namhaften Landwirten gehört, daß der Durchschnitt der Ernten viel höher sein würde, wenn die Landwirte alle zeitgemäß wirtschaften würden.

Wenn trotzdem noch die Landbündler mit einem Lieferstreik drohen und wenn der Landbund Provinz Sachsen damit droht, daß die Bauern den Acker nicht mehr bestellen würden, so ist diese Drohung höchstens als eine unverschämte Herausforderung des deutschen Volkes aufzufassen und als ein Zeichen der bodenlosen Torheit und Kurzsichtigkeit, die in gewissen politischen Kreisen der Landbündler grassiert.

Wind gefät . . .

In der Rechtsprelle ist jetzt großes Heulen und Wehklagen darüber, weil die monarchistischen Propagandisten hier und da vom Volke eine derbe Quittung bekommen haben. Wir haben schon mandesmal betont, daß wir gewalttätiges Vorgehen, von welcher Seite es auch kommt, nicht wünschen, und wiederholen es auch hier. Andererseits aber müssen wir betonen, daß uns die Erregung der Volksmassen über das monarchistische provozierende Treiben vollkommen verständlich erscheint. Wer im Wirtshaus Schlägerei anfängt, ist ein Kaufbold. Aber wenn ein Mann im Wirtshaus seinen Nachbar erst höhnisch sifiziert, ihm dann den Rauch ins Gesicht bläst, dann ihn mit Worten sifiziert, und der Herausgeforderte schließlich zuschlägt, dann wird diesen niemand deshalb einen Kaufbold schelten dürfen.

So ist die Lage der republikanischen Bevölkerung in Deutschland. Was hilft es, wenn Herr von Campe in Artikeln beteuert, daß es darauf ankomme, die vorhandene Staatsform anzuerkennen und die Republik sich in Ruhe entwickeln zu lassen, wenn derweil seine Anhänger mit Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot und dem lieblichen Gesang „Wir brauchen keine Judenrepublik“ in den Straßen demonstrieren? Wir erinnern daran, was sich im Anschluß an den Rummel im Stadion zugetragen hat. Das Stadion ist eine sehr nützliche Einrichtung, in der auch die Arbeiterportvereine ihre Massenveranstaltungen treffen. Es wird durch den alldeutschen Rummel entwertet. Uebrigens: kann man von der republikanischen Bevölkerung wirklich erwarten, daß sie ohne Wimperzucken zusieht, wie die von mehr als drei Vierteln des Volkes in Weimar beschlossene republikanische Staatsform Tag für Tag öffentlich mit Schmutz beworfen wird? Wenn die Herrschenden bei jeder Gelegenheit von der schwarz-rot-goldenen Fahne als einem „Schmachfleh“, von der Republik als einem „Saufstall“ und einer „Kloake“ reden, so sollen sie halt nicht wehleidig werden, wenn die Männer und Frauen darüber in Entrüstung geraten, denen diese Dinge Inbegriff und Symbol ihres politischen Strebens sind.

Und das gilt im gesteigerten Maße, wenn solche Provokationen von Personen oder Verbänden ausgehen, die sich in kritischer Stunde offen zur Gegenrevolution bekannt haben. Die Rechtsprelle rühmt jetzt die Verdienste des Generals Lettow-Vorbeck in Afrika, die kein Mensch bestreitet. Aber leider hat der General seine Verdienste selber ausgelöscht, indem er sich während der Kapp-Tage in Medienburg an die Spitze der Gegenrevolution setzte. Nirgends haben die Kapp-Banden so gewütet wie in Medienburg. Sie sind auf den Rittergütern in Trupps herangezogen, haben bei den Rittergutsbesitzern angefragt, wer sozialdemokratischer Vertrauensmann sei, und haben diese vollkommen unschuldigen Männer kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Ein Duzend solcher Fälle läßt sich aus Medienburg anführen, für die moralisch General Lettow-Vorbeck die volle Verantwortung trägt. Man kann es der Arbeiterbevölkerung nicht verdenken, daß sie gegen einen Mann demonstriert, der für die Abschichtung sozialistischer Vertrauensmänner verantwortlich ist und jetzt noch die Dreistigkeit besitzt, sich öffentlich zu zeigen, nachdem das Reichsgericht — in vollkommener Verkennung

der gesetzgeberischen Absicht — das Amnestiegesetz auch auf ihn angewendet hat.

Ganz ähnlich ist zu sagen, wenn der „Stahlhelm“, eine offen gegenrevolutionäre monarchistische Kampfgeneration, „Fahnenweihen“ abhält. Uebrigens — wie verhalten sich denn die Herrschenden, wo sie in der sicheren Mehrheit sind? Wir erinnern an die Egzeffianten antijewischer Badegäste in Borkum, die mit Gewalt und Täuschlichkeit einen Badegast zur Niederholung der von ihm gestifteten schwarz-rot-goldenen Fahne zwangen. Wir erinnern daran, daß auf derselben Insel ein sozialistischer Demonstrationszug, der die schwarz-rot-goldene und die rote Vereinsfahne trug, tötlich angegriffen und seiner Fahnen beraubt wurde. Wir erinnern an jene Gedenkfeste in Tremen für die Gefallenen des Weltkriegs, bei der der Kriegerverein und der Landbund mit Gewalt die Niederholung der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne erzwangen. Diese Aufzählung aus dem Stegreif ließe sich leicht verlängern.

Wir wünschen gewiß keine italienischen Zustände in Deutschland. Wir wünschen nicht, daß die Schlägerei und Schieberei zwischen Fascisten und Sozialisten auch bei uns Normalzustand werde. Aber wir betonen, daß es die Extremisten der Rechten sind, die mit systematischer Provokation und Reizung der republikanischen Bevölkerung auf solche Zustände hinarbeiten.

Bei allem richten wir an die Arbeiterbevölkerung die Mahnung, sich in keinem Fall zu Angriffen provozieren zu lassen. Schon aus dem Grunde, weil, wie die Praxis zeigt, die Justiz in solchen Fällen ganz einseitig nur gegen links harte Strafen verhängt, während nationalistischen Egzedenten ihre „Erregung“ umzugelassen gehalten wird. Wenn freilich Angriffe der Gegenseite erfolgen, wie in Borkum, in Tremen, nach dem Frontkämpfertag und anderswo, dann soll monarchistischen Käufern ruhig gezeigt werden, daß der Arbeiter auch zu anderem Fauste hat, als um Mehrwert für sie herauszuschinden. Abwehr tätlicher Angriffe ist gesetzliches Recht.

Wie man den Staat betrügt.

Die Schamlosigkeit der „Deutschen Zeitung“ nimmt immer niedrigere Formen an. Während sie den Kampf gegen die Republik bisher wenigstens noch mit politischen Waffen führte, verlegt sie sich neuerdings darauf, praktische Winke für die Untergrabung der deutschen Finanzen in Form harmloser Klauereien in ihrem „unpolitischen Teil“ zu veröffentlichen. So brachte sie kürzlich unter der Ueberschrift „Wenn einer eine Reife tut“ einen geradezu raffinierten Plan, die deutschen Finanzämter bei der Kontrolle der Vermögensverhältnisse reisefähiger Personen zu betrügen. Das saubere Blatt schrieb:

Rafel ein Rezept für Steuerdefraudanten. Erfolg garantiert. „Man nehme“ einen möglichst gleichgültigen näheren Bekannten, den man im Verdacht hat, daß er seine Steuern ziemlich ehrlich bezahlt habe. Man lasse sich mit ihm in ein Gespräch über Steuern ein. Bei dieser Gelegenheit zeigt er seine Steuerkarte. Man bitter ihn um leihweise Ueberlassung dieser Karte, „damit man seine eigene danach in Ordnung bringen kann“. Dann fährt man auf das Polizeirevier des Freundes. Wenn man nun nicht gerade das Pech hat, daß der Reviervorsteher der Statbruder seines eigenen Bekannten ist, erhält man dort ohne weiteres die Bestätigung, daß man selbst jener steuererliche Freund sei. Auch die eigene Photographie wird amtlich als die des Freundes befähigt. Am glücklichsten Besitz dieser und der Steuerkarte geht man zum Finanzamt, das selbstverständlich bescheinigt, daß der Freund (dessen Namen man als eigenen polizeilich bestätigt erhalten hat) die Steuern bezahlt habe. Nun noch zum Polizeipräsidenten und zu den Konsulaten, und man kann, ohne einen Pfennig Steuern bezahlt zu haben, auf den Namen des Freundes in jedes beliebige steuerfreie Land den Armen des Herrn Birth entfliehen.

Wie gesagt: Erfolg garantiert!

Stinnes kooft . . . !

Von Ludwig Engel.

Drucker. — Verantwortlicher. — Akquisiteur.
Drucker: Nu haben wir die zweite Seite voll.
Akquisiteur: Wenn Ihr den ganzen Schmus aus dem „Wiener Journal“ abschreibt!
Verantwortlicher: Was denn. — Hier die Schlagzeile — Prekrepille in der Jerusalem Straße.
Drucker: Woyu die Zeitungen vorn Bauch stoßen?
Verantwortlicher: Die können uns nicht nützen und nicht schaden. Also — Monte hat'n grofot Inzerat jeschikt; nu kommt in die zweite Spalte: Bettkonzern und Wiederaufbau, oder die Sünde wider das Bollblut. Darunter 30 Zeilen Korpus: Eberts Harem!
Akquisiteur: Und meine Weiechymne auf Kopltänseumant Bolbi?
Verantwortlicher: Is von den 'n Inzerat? — Na, denn uff Seite 4. Da müssen aber noch fleene Anzeigen.
Akquisiteur: Was für kleine . . .
Drucker: Man fingierte.
Verantwortlicher: Aber nich zwecks Heirat auslassen. In Jänseföhgen genügt, da wissen die Schulmeechens Bescheid. Weiter uff Seite 1: Pashawirtschaft bei Veiser. Röhres nächste Nummer. Uebermorgen schlidderst Du hin und hostt 'n Ufftrag!
Akquisiteur: Wenn sie mich nu rouschmeihen?
Verantwortlicher: Hör' uff zu singen. Denn geht Du bei Stütern!
Drucker: Soll das hier so bleiben: Jeden, der Schwarz-Rot-Gold im Knapploch trägt, müfste man totschlagen wie einen tollen Hund!
Verantwortlicher: Noch vllle zu zahl! Welter: Dr. Birth im Salde Korfantys!
Drucker: Fragezeichen dahinter?
Verantwortlicher: Quatsch — kein Fragezeichen.
Akquisiteur: Aber wie soll ich da Inzerate kriegen?
Verantwortlicher: Dibber nich so. Je jemeener wir sind, desto leichter kannst Du arbeiten. Seite 2: Kaiserföhler als Synagogen! Hennu Portiens Ehebrüche!
Drucker: Wir wollten doch was Neues an'n Kopf . . .
Verantwortlicher: He! Wahrheit, Deutschum und Gerechtigkeit! Dienbar keiner Partei!
Akquisiteur: Es gibt schon so viel mit dem Salm . . .
Drucker: Mir graut schon vor den Remittenden. Mit den Straßenhändlern ist das eine Arbeit!
Verantwortlicher: Wat fehlt Euch? Der jeniase Funken! Kopp hoch! Arbeiten und nich verzweifen. Stinnes kooft . . . !

„Mischen“ im Wallner Theater. Dieses Stück beginnt wie ein Märchen. Aber es ist gar keines, sondern eine ausgewachsene, dicke Operettenunwirklichkeit mit wenig Idee und farger Handlung. Die Rixe ist nicht echt, sondern leistet sich nur einen Schwimmbad und Wettspaz; der Weiberverächter auf ferner Insel, ein schnell verliebter und ein veritabler Prinz Theodoks in Generalinterimsuniform, wird mitten im Verlobungstuh von einem frischen lieben Jünglingen ausgestochen. Hoheit verzichtet, Rixe und Junge heiraten sich. Wenn der liebe Junge Bedersachs heißt und so fesch auf Taille geschnittene Anzüge trägt, dann ist eine südlische Mondschleinacht nicht mehr nötig, um ihm die Frauen zuzuführen. Singen kann er nicht. Was ihm an Stimme fehlt, hat Emmy Rosa so viel. Das massioe und in der Höhe schrille Instrument müfste repariert werden, um wieder Jart-soubrettenhaftes herzugeben. Auch sie trägt die schönsten Gewänder mit Anmut, führt ihren schönen Körper in den sporten Gewändern von Fineltis Gnaden spazieren und versucht, die Belosigkeit der Handlung zu mildern. Sie ist raffig und schauspielgewandt, doch hat ihr Tanz und ihre Bewegung noch soviel Arrangiertes und Ungeübtes, daß der große Spieleindruck in dieser Rafforn-Rolle nicht zustandekomt. Wagner und die lustige Hedi Urj hingen sich im Verein mit Hans Ritter, an die schwankartige Ziffer der Texte und beschwingten den Ablauf, wihig und klug pointierend. Die Komparserie spielte mit der Leichtigkeit von Holzstößen. Das Lachen und der Beifall des Publikums war zwar da-capo-anregend, zeigte aber die deutsche Herkluft der olympischen Höhe.

Oskar Straus, der Komponist, dirigierte, was Brettschneider einstudiert hatte: flotte Märche, einen schmieglamen Walzer alter Struktur, einen stampfenden Fortritt, Kouplets, so wie ein bekannter Musiker tut, der schon viel Gutes getrieben hat. Nur die Tüte mit den pompösen und blühhaften und schlagernmäßigen Nummern ließ er bis zum nächsten Mal ungeöffnet. Er glüht weitverständlich, anständig, geschmeigelt und klugfroh an uns vorbei. R. S.

Reflos. Wir sind gründlicher denn je! Alles was heute geschieht, geschieht reflos. Wir leben im Zeitalter der Konzentration und werden daher reflos alle Worte beiseite, die zwar nicht ganz reflos, aber doch oberflächlich durch das reizende Allerwelts-wörtchen „reflos“ erlegt werden können. Sind die Arbeiter eines Betriebes oder eines Berufes reflos organisiert, so ist das jemeits recht erfreulich, leidet aber nicht reflos erfreulich, weil das etwas abgühäufig wiederkehrende „reflos“ einem die reflose Freude darüber (sicher „reflos“ vergällt. Eine gut besuchte oder gar überfüllte Versammlung ist sicherlich im Bericht am nächsten Tage „reflos“ besucht gewesen, die Mitglieder waren „reflos“ erschienen. Sie stimmten reflos den Ausführungen des Referenten zu, der für „reflose“ Erfüllung der Forderungen eintrat, worauf der Rest der Tagesordnung reflos erledigt wurde. Ueber reflos errungene Siege in den Lohnkämpfen sind wir reflos erfreut, von reflosen Niederlagen, die wir erleiden, schweigen wir am liebsten reflos.

Reflos hat der Teufel das ganze „reflos“, weil seine „reflose“ Anwendung gedankenlos ist und sie sich zum reflosen Mißbrauch herausgebildet hat.

Schillertheater: „Nora“ von Ibsen. Ein schöner Abend, der das Andenken an die ganz eigenartige dramatisch-künstlerische Kultur Ibsenschen Schaffens wieder zu lebendigem Bewußtsein brachte. Welch ein unermeßlicher Abstand zwischen diesem geheimsten Seelenregungen spiegelnden und doch so schlicht hingleitenden Dialoge, diesem bis zu der großen programmatischen Auseinandersetzung des Schlußakts so wunderbar geschlossenen Aufbau und dem verworrenen Gestammel der jüngsten Bühnenproduktion. Die mehr als vier Jahrzehnte, die sei „Nora“ ins Land gegangen, haben der Frische des Eindrucks nichts anzuhaben vermocht. Die Jüge des seelischen Gemüdes sind so reich und mannigfaltig, daß sie den Beschauer mit immer neuen Reizen anziehen, ihn im Bekannten noch immer früher Ueberlebendes, Bedeutsames entdecken lassen.

Die Aufführung stielte sich den besten Aufführungen des Schillertheaters zur Seite. Gertrud Selle, ein neu gewonnenes Mitalied, war ein durchaus einheimischer, warmblütig echter Noratyp. Gleich überzeugend in dem Zauber weiblich gewinnender Liebesswürdigkeit wie in den zahllosen Schwindelmännchen, in ihrer Schmeicheletatit, ihren Kollaterien. Auch die Angst der Verzweiflung, das Aufblitzen der Gedanken an einen frei gewählten Tod und an das „Bunderbare“ kam zu bewegtem Ausdruck. Da freilich, wo diese Nora schweigt und Ibsen selbst zu schneidend wichtiger Anklage das Wort ergreift, reichie die Kraft nicht hin. Alfred Braun, ein ausgezeichneter Helmer, namentlich auch in den schwierigen Szenen dieses letzten Aktes. Gleichfalls sehr gut Herr Kaufmann, welcher der Episodengast des gezeichneten Günther eine charakteristische tonlose Gedrücktheit gab, aus der dann der Hoffnungsstrahl eines neuen Lebens in der Szene mit Frau Linden (Helene Wagenbreth) um so wärmer hervorleuchtete. Dezent, ohne förend aufdringliches Morlieren der Krankheit fignierte Robert Ahmann den Doktor Rank, die dunkle Hintergrundfigur im Heim der Helmers. dt.

Menschliche Arbeitsmaschinen. In den amerikanischen Industriezentren, wie z. B. in dem in Michigan gelegenen Detroit, das Jahr für Jahr eine Million Automobile herstellt, werden die Arbeiter unweigerlich zu Maschinen, die lustlos ihr schematisch geregeltes Arbeitspensum erledigen. Kürzlich entspann sich zwischen einem Fabrikinspektor und einem Arbeiter, dessen Aufgabe es war, ohne Unterlaß für das Getriebe einer Maschine bestimmte Stahlstangen glatt zu feilen, folgende Unterhaltung: „Was ist das für eine Stange?“ „Sie heißt P. I. 3“, antwortete der Arbeiter. „Nein doch, das meine ich nicht, ich will wissen, wozu sie dient“, bemerkte der Inspektor. Darauf müfste ihm der alte Arbeiter die Antwort schuldig bleiben, obgleich er bekennen durfte, daß er seit 12 Jahren Tag für Tag nichts anderes getan habe, als solche Stangen zu feilen.

Die Handelshochschule Berlin gibt soeben das Vorlesungs-Berichtsbuch für das Wintersemester 1921/22 zum Verle von 1 M. heraus. (Verlag: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin W. 10.)

In der Unterrichtsankalt des Kunstgewerbenemiums sind Placaten, Sigareten- und Tobakpackungen aufgestellt, die von einer Anzahl unlerer ersten Gelehrten so sehr reizvollen Gebilden ausgeschaltet worden sind. Die größte Zahl davon stammt von J. D. Schmid in München.

Offenkundiger kann wohl nicht zur Steuerdefraudation aufgefördert werden, als es in dieser „unpolitischen“ Betrachtung geschieht. Die „Deutsche Zeitung“, die ihre nationale Gesinnung bei jeder passenden oder nicht passenden Gelegenheit in widerlicher Selbstbeweihräucherung hervorhebt, hält es für ihre Pflicht, ihrem vornehmen Leserkreise, der kostspielige Auslandsreisen gewöhnt ist, Mittel und Wege anzuzeigen, wie man den deutschen Staat am besten betrügen kann. Es scheint uns dringend notwendig, daß die Finanzbehörden genau prüfen, inwieweit die Angehörigen der besitzenden Klassen sich die sauberen Ratschläge dieses edle Organs zu eigen machen.

Der Park von Moabit.

In der „Vossischen Zeitung“ wurde dieser Tage darüber Klage geführt, daß man drauf und dran ist, den Park der sogenannten Reffel'schen Villa in Alt-Moabit dem Neubau der Oberpostdirektion zu opfern. Es wird darauf hingewiesen, daß es noch andere geeignete Bauplätze in Berlin gäbe, und das „Berliner Tageblatt“ behauptet sogar, daß dem Reichspostminister vom Berliner Magistrat das Grundstück der ehemaligen Gasanstalt in der Müller- und Selterstraße vergeblich zum Kauf angeboten worden ist. Es ist deshalb erklärlich, wenn der Briefschreiber der „Voss. Ztg.“ auf den Gedanken kommt, daß bestimmte Gründe, die mit der sozialen Notwendigkeit nichts zu tun haben, bei der Auswahl des Platzes ausschlaggebend gewesen seien. Er vermutet, und nach unseren Informationen sehr richtig, daß man die Reffel'sche Villa selbst als Dienstwohnung für den Präsidenten der Oberpostdirektion auszuweisen hat und gewillt ist, diesem Plan den größten Teil des Parks zum Opfer zu bringen.

Doch damit ist's nicht genug. Ganz abgesehen von dem sehr bedauerlichen Verlust des Parks, den man besser der Allgemeinheit erhalten und zugänglich machen sollte, wird auch auf die Interessen der Steuerzahler keine Rücksicht genommen. Nur weil es durchaus dieser Platz sein muß, und weil die Villa für den Präsidenten erhalten bleiben soll, wird das neue Gebäude in kostspieliger schlangenartiger Form mit endlosen Seitenschüssen um die Villa herumgebaut. Die „vorgesehenen“ Kosten betragen 27 Millionen, eine Summe, die in Wirklichkeit — der Bau soll drei bis vier Jahre dauern — bei weitem nicht ausreicht.

Doch wie ist es etwas möglich? Wer ist für diese Vorgänge verantwortlich zu machen? Niemand anders als die Parteigänger der Blätter, die sich jetzt beklagen. Die Demokraten haben zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien den SPD-Antrag, die Mittel für diesen Bau zunächst zurückzustellen, abgelehnt. Vergebens hatte bei der Etatsberatung im Hauptauschuß des Reichstags Genosse Steinkopf mit allem Nachdruck auf die Bedenken hingewiesen, welche jetzt in den bürgerlichen Blättern hervorgehoben werden. Vergebens hat er weiter geltend gemacht, daß die Oberpostdirektion jetzt viel zu viel Referendare und Beamte habe und deshalb ihr augenblicklicher Umfang gar nicht zur Beurteilung der Raumfrage herangezogen werden kann. Er verlangte, daß man das Ergebnis der Sparkommission im Herbst d. J. abwarten und den Bau wenigstens so lange vertagen möchte. Vergeblich hat er auch hervorgehoben, daß die Ausführung des vom Reichsminister a. D. Koch propagierten Regierungshochhauses für die Reichsmarktförderung — als produktive Erwerbslosgeldsicherung — durch Freimachung anderer Gebäude auch für die Oberpostdirektion Raum schaffen werde. Doch das alles fruchtete ebensowenig wie der Hinweis darauf, daß die 27 Millionen zunächst für den Bau von Wohnungen besser angebracht seien.

So wurde denn der Park für die Großstadtbevölkerung, ein Stück Freude, ein Stück Licht, Luft und Sonne, von den gesamten bürgerlichen Parteien befeindungs- und strupellos dem Bau, d. h. einer nicht unbedingt zwingenden Notwendigkeit geopfert. Und dies geschah im Beisein bürgerlicher Berliner Abgeordneter unter dem Vorbehalt des Demokraten Vachnide. Für diese Herren war ja die Angelegenheit auch so „nebensächlich“ — handelte es sich doch nur um ein Stück Volksgesundheit. Die Berliner Bevölkerung aber hat hier wieder einen Beweis führender Fürsorge durch die bürgerlichen Parteien, den sie sich bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen merken sollte.

Wilhelm muß Steuern zahlen!

Wie aus Rotterdam gemeldet wird, hat der Gemeinderat von Amerongen beschlossen, die Steuerpflicht des früheren deutschen Kaisers seit seiner Ankunft in Holland anzuerkennen. Der Steuerbetrag ist auf 135 000 Gulden festgesetzt.

Zwischen dem Kaiser und dem Gemeinderat von Amerongen war bekanntlich über die Frage der Steuerpflicht eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Während der Gemeinderat von Anfang an die Steuerpflicht Wilhelms betonte, machte dieser geltend, daß er sich nicht freiwillig in Holland aufhalte. Wir wiesen von Anfang an darauf hin, daß dieser Einwand nicht als stichhaltig anerkannt werden könne. Zunächst erfolgte die Flucht nach Holland freiwillig insofern, als niemand Wilhelm II. zu diesem Schritte bewog, sondern die Klasse Furcht ihn hierzu veranlaßte. Sodann kann die Steuerpflicht eines Menschen nicht von den Empfindungen abhängig gemacht werden, mit denen er seinen Aufenthalt irgendwo nimmt. Die Summe von 135 000 Gulden ist recht beträchtlich und zeigt, daß die Hohenzollern nicht ganz so veredelnd und aller Barmittel beraubt sein können, wie unsere monarchistische Presse es gern darzustellen beliebt. Man wird sehr darauf zu achten haben, daß das deutsche Volk bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Preußen und der ehemaligen Krone nicht auch noch mit der Tragung der wilhelminischen Steuern belastet wird.

Die „Tannenbergsfeier“ der Arbeiterschaft.

Am gestrigen Tage berief der „Verband nationalgesinnter Soldaten“ und die Ortschaftsvereine „Stahlhelm“ in Schweizer-Garten in Brandenburg a. N. eine Versammlung ein, die eine Tannenbergsfeier veranstalten und in der der frühere Kriegsgeneral v. Stein sprechen sollte. Dieses Mal schlug der Plan der Nationalisten fehl. Die Demonstration wurde dadurch vereitelt, daß abends um 6 Uhr einige tausend Parteigenossen und Anhänger der Republik das Lokal besetzten und anstatt der schwarz-weiß-roten die schwarz-rot-goldene Fahne hissten. Die bestellte Stadtkapelle konzertierte für die versammelte Arbeiterschaft, ebenso beteiligten sich die Arbeitergesangsvereine an dieser eigenartigen Tannenbergsfeier. Die „Stahlhelm“-Deute und ihre Damen, die in Gesellschaftstolietten erschienen, mußten betrübt abziehen.

Frankfurt a. M. spendet für Rußland 50 000 Mark. Auf Antrag der Kommunistischen Partei wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Goldschmidt (Dem.) angenommen, der die Ueberweisung eines Betrages von 50 000 Mark an das Rote Kreuz oder eine andere politische Stelle für die hungernde Bevölkerung Rußlands verlangt. Alle weitergehenden Anträge der Kommunistischen Partei wurden abgelehnt.

Groß-Berlin

Die neue Fernsprechnung.

Die neue Fernsprechnung, die die Bedingungen für die Benutzung der Fernsprechnung und die Gebühren für den Fernsprechnungsdienst mit Wirkung vom 1. Oktober ab festsetzt, ist gestern vom Reichsrat verabschiedet worden. Die Fernsprechnungnehmer sind danach berechtigt, Einrichtungen, deren Gebühren durch die Fernsprechnung erhöht werden, bis zum 15. September 1921 zum 30. September 1921 zu kündigen. Hinsichtlich der Hauptanschlüsse endigt diese Kündigungsfrist nach dem seinerzeit verkündeten Fernsprechnungsgebot am 1. September 1921. Die wichtigsten Gebühren der neuen Fernsprechnung sind folgende:

Einmalige Gebühren: Die Einrichtungsgebühr beträgt für einen Hauptanschluß 200 Mark, für einen Nebenanschluß im Gebäude des Hauptanschlusses 100 Mark, für einen Nebenanschluß in einem anderen Gebäude 300 Mark.

Tausende Jahresgebühren: Zuschlag bei Anschlüssen, die mehr als 5 Kilometer von der Vermittlungsstelle entfernt sind, für jede volle oder angefangene, nach der Luftlinie gemessene 100-Meter-Doppelleitung außerhalb des 5-Kilometerkreises 36 Mark, Gebühr für einen reichsweiten Nebenanschluß mit gewöhnlichem Apparat 126 Mark, dazu für jede volle oder angefangene, nach der Luftlinie gemessene 100-Meter-Doppelleitung zwischen der Haupt- und der Nebenstelle 36 Mark, Gebühr für einen nichtreichsweiten Nebenanschluß 60 Mark, Zuschlag für jede Nebenstelle, die sich in den Wohn- oder Geschäftsräumen eines Dritten befindet 40 Mark, Gebühr für eine Querverbindung zwischen verschiedenen Grundstücken 804 Mark (720 Mark Pauschbetrag und 42 Mark für jedes bei den beiden Hauptstellen durch die Querverbindung belegte Anschlußorgan), dazu für je 100 Meter Doppelleitung 36 Mark, Gebühr für Anschlußdosensysteme, für jede Anschlußdose 12 Mark, für jeden außer dem Hauptapparat gewöhnlichen tragbaren Apparat 84 Mark, für jeden mit der Anschlußdosensysteme verbundenen kleinen Wecker 24 Mark, für je 100 Meter Anschlußdosensysteme (Luftlinienentfernung) 36 Mark.

Gesprächsgebühren: Gebühren für ein Ortsgespräch von einer öffentlichen Sprechstelle aus 50 Pf., für ein Gespräch im Vororts- und Bezirksverkehr 75 Pf.

Die Opfer des Luftmörders. Vermisste Frauen.

Das Beweismaterial, das die Polizei gegen den Luftmörder Großmann zusammengetragen hat, scheint sich zu einer eheren Kette um den Mörder zusammenzuschließen.

Den heutigen Tag benutzte die Kriminalpolizei hauptsächlich zur Aufführung des Falles Schubert. Das bisher zusammengetragene Material ist schon so schwer, daß Großmann dieses Verbrechen gar nicht mehr wird leugnen können. Eine Vernehmung des Mörders dieserhalb wird aber erst in den nächsten Tagen stattfinden. Inzwischen ist die Kriminalpolizei dem Aufsucht der nachsehen aufgeführten Mädchen festzustellen. Diese waren „Wirtschafterinnen“ bei Großmann, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie ebenfalls dem alten Luftmörder zum Opfer gefallen sind. Nachgeforscht wird der Verbleib einer etwa 19 bis 20 Jahre alten Emma Baumann, einer Marie Feld, die in der Weberstraße wohnt haben soll, einer etwa 20 bis 21 Jahre alten Emma Moritz, einer Elisabeth Pötsche, etwa 35 bis 38 Jahre alt, einer am 9. April 1895 zu Berlin geborenen Melanie Sommer, einer aus Hannover stammenden Frieda Thomas, 27 Jahre alt, und einer Frau Luise Werner, geborene Knopf, die 28 Jahre alt ist und aus Kurrenberg im Kreise Saagitz stammt. Diese nicht auffindbaren Personen werden, falls sie noch leben, ersucht, sich selbst sofort bei den Kriminalkommissaren Dr. Niemann und Werneburg im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Andere Personen, die über ihren letzten Aufenthalt Mittelungen machen können, werden ebenfalls dringend gebeten, sich bei obiger Stelle zu melden.

Möbel für den Export.

Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin hat in den Räumen des ehemaligen Ballage-Kaufhauses, Friedrichstraße 110/112, eine große Möbelmesse veranstaltet, die bis zum 2. September dauern soll. Die Ausstellung ist nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt; das Publikum, das sonst auf solchen Messen zu treffen ist, hat keinen Zutritt; es handelt sich um eine Modellschau für Interessenten, die en gros und speziell für den Export verkaufen und kaufen wollen. Es ist eine rein sachliche, sachliche Ausstellung ohne festliches Gepräge, es fehlen die üblichen Blumengruppen, die Lorbeerbäume und die teppichgeschmückten Estraden.

Man hat Kosten hergestellt, in denen die Möbel und Rohmaterialien bequem untergebracht sind, die Hallen und der Hofhof des großen ehemaligen Kaufhauses sind geräumig ausgenutzt. Man sieht vornehm Möbel in den teuersten Preislagen und Möbel, die zwar auch nicht billig, aber entsprechend einfach gehalten sind. Die ganz großen Möbelstücke, für Restaurationsbestimmungen, sind verhältnismäßig wenig vertreten. Die Mode geht der Qualität der Arbeit, des Materials nach. Kostbare Hölzer mit wundervoller Malerei müssen den Zeiten entsagen, die Verarbeitung der einzelnen Stücke miteinander, die prächtigen Polituren wirken überraschend. Deutsche Qualitätsarbeit für das Ausland berechnen. Der internationale Besuch ist ziemlich reger, der deutsche Industrielle braucht nicht zu fürchten, daß der Ausländer die Muster dieser interessanten Möbel kopieren wird, er kann sie in seiner Heimat so billig (so wie nicht anfertigen lassen, als Konkurrenz kommt er überhaupt nicht in Frage. Diese Möbelmesse, die nur für Großhändler und Exporteure veranstaltet worden ist, wurde ein deutlicher Beweis der deutschen Arbeitskraft, solche Qualitätsstücke, die sie hier zu sehen sind, zeugen von der hohen Intelligenz des deutschen Handwerkers, sie loben Meister und Gesellen.

Gegen die Potsdamer Monarchisten-Revue.

Das pazifistische Ortskartell Groß-Berlin fordert alle Friedensfreunde dazu auf, die von den beiden sozialistischen Parteien und dem Gewerkschaftskartell Potsdam beabsichtigte Gegendemonstration zur Potsdamer Monarchisten-Revue mit Hindenburg, Ludendorff und Eitel Friedrich am kommenden Sonntag zu unterziehen. Treffpunkt der Gegendemonstranten Potsdam, Bassinplatz, Sonntag, den 28. August, mittags 1½ Uhr.

Der Wald des Volkes.

In den preussischen Staatsforsten sind bekanntlich Warnungstafeln, die irgend etwas verbotenes, sehr zahlreich. Das mag an sich vielfach nötig sein, um der Verschwendung des uns alle gehörigen Waldes vorzubeugen, beklagenswert bei dem Verbot des Rauchens und Abkutschens. Auch die Warnungen, an Stellen zu baden, die wirklich lebensgefährlich sind, sollten respektiert werden. Die meisten dieser Verbotstafeln, die es zu Tausenden gibt, tragen aber noch immer die Unterschrift „Die königliche Oberförsterei“ oder zeigen ähnliche Anklänge an die verunklunte Zeit. Hier und da haben Wandervogel oder andere Ausflügler kräftige Einsätze durch die alte Redewendung gemacht. Sonst ist nur da, wo sozialistische Landräte und Amtsvorsteher wirken, das „Königliche“ ausgemerzt worden. Auch in zahlreichen Dörfern der Mark und anderer preussischer Provinzen mit ihrem agrarisch-monarchischen Künzeln sowie an Flußläufen und Seen braucht man nicht lange zu suchen, um auf hölzernen amüßigen Anklängen mit dem Zusatz „Königlich“ zu stoßen. Wenn es die dazu verpflichteten Staatsbeamten, die ihr Gehalt aus den Kassen der Republik beziehen, nicht endlich ändern wollen, — dann vote Farbe drauf!

Gegen die Schmutzfluten auf der Eisenbahn.

Einen fast ausichtslosen Kampf gegen Schmutzfluten aller Art hat die Eisenbahnverwaltung aufgenommen. Neben dem Unflug, an allen möglichen Mauern und Wänden Plakate, Zettel anzuhängen, werden auch in Wagen, Wartesälen, auf den Vororten und dergl. Anschriften mit politisch aufreizendem und unflätlichem Inhalt angebracht. Besonders in den Wagen der Berliner Stadt- und Ringbahn finden sich solche Anschriften, die nach einer Verfügung der Eisenbahndirektion sorgfältig entfernt werden sollen. Eine besondere Ueberwachung soll eingerichtet werden. Personen, die beim Anbringen von Anschriften usw. betroffen werden, sollen festgesetzt und dem zuständigen Betriebsamt zur Bestrafung angezeigt werden.

Hoffentlich werden diese Maßnahmen dazu beitragen, besonders den an krankhafter Besudelungsaus leidenden Hakenkreuzjüngern, auf deren Konto die meisten Schmierereien zu setzen sind, gehörig auf die Finger zu klopfen.

Bezirksversammlung Friedrichshain.

Die vorläufige Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain, die unter dem Vorsitz des stellvertretenden Bürgermeisters Benno Bräuer zumamtrat, beschäftigte zunächst den zeitweiligen Vorstand der Versammlung und sah hierauf eine Reihe von Beschlüssen, die, ein seltener Fall, durchgängig die Zustimmung aller Mitglieder fanden. Allgemeine Unzufriedenheit erregte eine Mitteilung des Magistrats, durch die nicht nur die beantragte Wiederherstellung gärtnerischer Anlagen abgelehnt, sondern auch in Aussicht gestellt wird, vorhandene Anlagen eingezogen zu lassen. Beschlüssen wurde, das Bezirksamt zu erziehen, Mittel für die Unterhaltung gärtnerischer Anlagen in den Etat einzustellen. Auf Antrag Klingler (SPD.) wird das Bezirksamt weiter ermahnt, der Versammlung eine Ueberblick über die vor dem Kriege vorhandenen gemeinen und noch vorhandenen Anlagen vorzulegen. Ein von der Sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag, eine Klagenannahmestelle für das Gewerbe- und das Kaufmannsgericht einzurichten, wurde, nachdem ihr Rahrer begründet hatte, einstimmig angenommen. Zustimmung fand auch der Antrag der Kommunisten, der Weiblich für die zum Teil beschädigten fordert. Hierbei berichtigte Frau Hoppe (SPD.) über die Tätigkeit der städtischen Tumultschädenkommission, die den Geschädigten in sehr liberaler Weise entgegenkommt. Eine Vorlage des Bezirksamtes, die auf die Kommunalisierung des Verteidigungswesens in Verbindung mit der bereits seit dem Jahre 1919 bestehenden entsprechenden Einrichtung in Sanktendeburg abzielt, wurde allseitig begrüßt und schließlich an eine Kommission verwiesen.

Der Berliner Gemeindefriedhof Friedrichshain (Zentralfriedhof) ist am 15. August dem Bezirksamt 17 zur Verwaltung und Verwaltung übergeben worden. Vom 1. September ab sind daher sämtliche Friedhofsgebühren, soweit sie diesen Friedhof betreffen, an die Friedhofsstelle des Bezirksamtes 17, Lichtenberg, Röllendorferstr. 111, bar oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto Nr. 29 069 zu zahlen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß jede auf dem Zentralfriedhof stattfindende Bestattung dem Bureau für das städtische Begräbniswesen Berlin-Lichtenberg, Röllendorferstr. 14 (Tel. Lichtenberg 1050) gemeldet werden muß, das in allen Fällen die Zuweisung der Beichtträger und des Leichenfuhrwerks beauftragt.

Eisenbahner als Gartenbauer und Kleintierzüchter. Am Sonntag beginnt die Gartenbau- und Kleintierzucht-Ausstellung des Gartenbau- und Kleintierzuchtverbandes der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin in der Klempnerkolonie Tempelhofer Feld am Ringbahnhof Tempelhof. Der auf 11 Uhr angelegte Eröffnungsfest der dreitägigen Ausstellung wird der Eisenbahnpresident persönlich bewohnen. Das Eintrittsgeld für die Siedlungsgesellschaft, die Gartenbau-, Kleintierzucht- und Kleingewerbliche Ausstellung beträgt am 27. und 28. August für Erwachsene 3 Mark, für Kinder 1.50 Mark, am 29. August 2 bzw. 1 Mark. Die Eintrittskarten zur Ausstellung berechtigen auch zur Teilnahme an dem Volks- und Kinderfest. Besonders anziehend wird das von der Eisenbahndirektion Berlin erbaute erste Siedlungshaus sein, bei welchem der Lehmofen angewendet worden ist. Dieses Häuschen enthält zwei Wohnungen, von denen die eine mit einfachen, die andere mit besseren Möbeln ausgestattet ist.

Stachenspernung. Zum Zwecke des Einbaus der endgültigen Decke in den Tunnel der Nordbahn in der Gneisenaustraße ist die Kreuzung Solms- und Gneisenaustraße für den durchgehenden Fußverkehrsverkehr bis auf weiteres gesperrt worden.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus der SPD, USPD, und USPD, hat sich in Berlin-Niederschöneweide gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, in Niederschöneweide eine weltliche Schule zu errichten. Die Arbeitsgemeinschaft wird so lange zusammenbleiben, bis das Ziel erreicht ist. Es wird nur die eine sachliche Frage behandelt, die Politik tritt dabei zurück. Die erste öffentliche Versammlung, die das Thema behandelt, findet am Donnerstag, den 1. September, abends 7 Uhr, in der Schulstraße 31 statt. Das Referat hält Prof. Paul Desterreich. Es werden dann Interessentenversammlungen folgen. Alle Versammlungen, die das oben gestellte Ziel unterstützen wollen, der Arbeitsgemeinschaft aber noch nicht angehören, werden ersucht, ihre Bereitwilligkeit einem der drei Obmänner, R. Jung, Köllische Str. 64, Otto Müller, Hiesstr. 12 oder R. Behr, Sedanstr. 14, mitzuteilen.

Der Schulfest in Bohnsdorf geht weiter. Am Mittwoch tagte in der Bohnsdorfer Schule eine gut besuchte Elternversammlung, zu der Vertreter des 16. Bezirksamtes erschienen waren. Der Berichtserstatter teilte mit, daß 68 Proz. der Kinder im Streik länden. Das Bezirksamt hatte in dankenswerter Weise versucht, die Differenzen zwischen Elternschaft und Schulbehörde zu schlichten. Die anwesenden Vertreter des Bezirksamtes mußten sich aber überzeugen, daß die aufs äußerste erbitterten Eltern zu keinem Kompromiß bereit waren. Trotzdem die Potsdamer Regierung erklärt, solange der Streik besteht, wolle sie in keine Verhandlungen eintreten, hält die Elternschaft an ihrer Forderung fest: Entlassung des Lehrers R. und Wiedererrichtung des entlassenen sozialdemokratischen Lehrers, und wird solange in der Aktion bleiben, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind. — Die Kinder werden während der Schulfeststunden beschäftigt, spielen und erhalten Unterricht.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Am Tag der Seelöcher (Käferplagen) veranlassen am Sonntag nach 8 Uhr die vereinigten Männergesangsvereine des 20. Bezirks unter Mitwirkung zweier Musikkapellen ein Volksfest, das Sonntagabend im Garten des Oberförsterei-Geländes, abends 8 Uhr beginnt. Eintritt 1 u. 2 Mark.

Für die Ober-Lichtung am Sonntag, 28. August, nachmittags 2½ Uhr, im Deutschen Lärchen, sind noch 70 Karten im Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12 zu haben.

Keine Einigung in der Metallindustrie.

Die gestern erfolgte Abstimmung der Berliner Metallarbeiter über die zwischen der Ortsverwaltung und dem Verband Berliner Metallindustriellen erfolgten Vorschläge zur Erneuerung des Lohnabkommens ergab eine starke Mehrheit für die Ablehnung derselben. Es sollen neue Verhandlungen angebahnt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Eisenbahner zu den Vereinbarungen.

Am Donnerstagabend nahmen die Eisenbahner in drei Sälen des Lehrvereinshauses zu den Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Teuerungszulage Stellung.

Knebel berichtete über den Gang der Verhandlungen, von denen ein vollständiges Bild noch nicht gegeben werden kann, da sie noch nicht abgeschlossen sind. (Das Ergebnis brachte die Morgenausgabe des „Vorwärts“.) Die Organisation habe eine Zulage von 1,50 M. pro Stunde gefordert. Doch sei man gezwungen, mit den übrigen Organisationen zusammenzugehen, obgleich die Reichsgewerkschaft erst ihre eigenen Wege gehen wollte.

Redner berichtete dann im einzelnen über die Forderungen und die zugestanden Zulagen. Für die Arbeiterschaft sei erst eine Zulage von 85 Pf. pro Stunde vorgesehen gewesen. Auf die Erklärung des Vertreters der Eisenbahner hin, mit diesem Angebot nicht vor die Arbeiterschaft hintreten zu können, habe man eine Zulage von einer Mark pro Stunde erreicht. Der Antrag, zwischen den einzelnen Lohnklassen einen Ausgleich zu schaffen, wurde von der Regierung abgelehnt. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteirepresentanten könnten möglicherweise noch ein günstigeres Resultat bringen.

Redner wendet sich dann gegen das beabsichtigte Abkommen des ADGB mit dem Beamtenbund. In diesem Abkommen werde man sich nicht beteiligen. „Recht das dem ADGB, nicht, dann soll er uns rauswerfen.“ Diese Stellungnahme soll in einer längeren Resolution auf Vorschlag Knebels zum Ausdruck gebracht werden. Weiter wendet sich Knebel gegen eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit. Wir wollen nicht, daß zwei Organisationen, die Reichsgewerkschaft der Beamten und der Eisenbahnerverband, nebeneinander bestehen, sondern eine Einheitsorganisation des gesamten Berufsstandes.

In der Aussprache erklärte Damm eine Zulage von 1,50 M. als zu wenig. Durch Verhandlungen sei man noch nie weitergekommen. Sind bis 1. September die 1,50 M. nicht bewilligt, dann machen wir eben den Streik zu. Am besten wäre, wir machten es wie die polnischen Eisenbahner. Dörg macht die „Wählbarkeit“ des ADGB veranlaßend dafür, daß die Karte verfahren sei. Deutsche Eisenbahner leisteten in Polen Streikbrochendienst. An der Forderung von 1,50 M. müsse der Hauptvorstand unter allen Umständen festhalten. Osterburg bedauert, daß man mit allen möglichen blauen, schwarzen und gelben Gewerkschaften zusammen verhandeln müsse. Die Forderungen der Eisenbahner seien nicht zu hoch. Redner hält dann den Heberkabaliten den Spiegel vor. Solange die Arbeiter noch die bürgerliche Presse lesen, könne man ihnen alles bieten. Bei den Sammlungen für das hungernde russische Volk könne man besonders beobachten, wie „radikal“ sich viele „Radikale“ drücken, wenn es darauf ankommt.

Ein anderer Redner wendet sich gegen die Heberstundenwirtschaft, einschuldig das Heberstundenarbeiten aber mit der Not, die die Arbeiter dazu treibe. Bitte: Noch keine Lohnbewegung habe etwas gebracht. In dem Augenblick, wo etwas mehr gezahlt wird, komme die Steuerbehörde und hole noch mehr weg. Man werde nach der neuen Zulage noch weniger haben als vorher. Die Führer des ADGB müßten befehligt werden. Den Achtstundentag hätten die Eisenbahner noch nie gehabt. Er sei gemahregelt worden, weil er seinen Vorgesetzten die Wahrheit gesagt habe.

Görke versichert, man werde geschlossen aus den Betrieben gehen, wenn zum Kampf aufgerufen werde.

Nach einem Schlusswort Knebels wird die Entschließung gegen den ADGB angenommen und noch vier weitere Resolutionen, wovon zwei für einen eventuellen Streik lauten, falls nicht bis 1. September die Forderungen bewilligt und eine Entschädigungssumme von 1000 Mark jedem Arbeiter gezahlt werde. Eine weitere Resolution wendet sich gegen die Maßregelung von Linke und die letzte gegen Heberstunden.

Zum Schluß wurde noch auf die Sonntag in Potsdam vorgesehene monarchistische Demonstration hingewiesen. An der Gegen-demonstration der Potsdamer Arbeiterschaft müßten auch die Eisenbahner teilnehmen.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungs-gewerbe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. August 1921 folgendes:

Am Schluß des 1. Quartals 1921 waren in 338 Filialen 51 937 männliche und 75 877 weibliche, zusammen 127 814 Mitglieder vorhanden. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im Monat Juli haben 177 Filialen mit 42 724 männlichen und 66 418 weiblichen,

zusammen 109 142 Mitgliedern, berichtet; es ist demnach über 85,4 Proz. der Mitglieder berichtet worden.

In 70 Filialen mit 4235 männlichen und 10 114 weiblichen, zusammen 14 349 Mitgliedern waren Arbeitslose oder verlorzt Arbeitende nicht vorhanden. Hingegen waren in 107 Filialen mit 38 489 männlichen und 56 304 weiblichen, zusammen 94 793 Mitgliedern 894 männliche = 2,3 Proz. und 1828 weibliche = 3,2 Proz., zusammen 2722 Mitglieder = 2,9 Proz. arbeitslos. Verlorzt arbeiteten 2519 männliche = 6,5 Proz. und 6760 weibliche = 12 Proz., zusammen 9279 Mitglieder = 9,8 Proz. organisiert.

Lohnbewegung in der Holzrahmen- und Goldleistenbranche.

Ueber die Lohnverhandlungen mit den Holzrahmen- und Goldleistenfabrikanten berichtete am Donnerstag Böse in einer sehr stark besuchten Branchensammlung. Die Verhandlungen bezogen sich zunächst auf die Lohnfrage. Es waren Lohnhöhen gefordert worden, die bei den Facharbeitern mit 1 Mark als Höchstforderung begannen und für die anderen Gruppen noch unten abgestuft waren. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, denn die Unternehmer wollten sogar gegenüber dem alten Tarif Abzüge machen. Schließlich erklärten sich die Arbeitgeber zu geringen Zugeständnissen bereit, die — gemessen an den früheren Tariflöhnen — mit 50 Pf. pro Stunde für die Facharbeiter über 22 Jahre beginnen und sich im übrigen zwischen 30 und 10 Pf. pro Stunde bewegen. Bei Akkordarbeiten soll eine prozentuale Umrechnung vorgenommen werden. Bei bereits bestehenden höheren Löhnen soll derselbe Zuschlag erfolgen, wie er in der fraglichen Gruppe und Altersstufe gewährt wird. Die Ferienfrage soll erst nachher erledigt werden. Die Entscheidung wurde der Versammlung überlassen, da die Verhandlungskommission dieses niedrige Angebot nicht empfehlen kann.

Alle Diskussionsredner erklärten die Zugeständnisse, die einer von ihnen als Verböschung der Arbeiterschaft bezeichnete, als unannehmbar. Für die weitere Verfolgung der Sache wurden verschiedene Vorschläge gemacht, auch der, für die ursprünglichen Forderungen in den Kampf zu treten. — Nach eingehenden Erörterungen beschloß die Versammlung, vorläufig vom Streik abzusehen und die Verhandlungskommission erneut zu beauftragen, durch weitere Verhandlungen höhere Zugeständnisse zu erzielen. Wenn das Ergebnis vorliegt, wird die Kollegschaft möglichst schnell wieder zusammenberufen werden.

In drei Betrieben wird zur Abwehr von Lohnabläufen und für die Bewilligung von Ferien gestreikt. Durch Beschluß der Versammlung wurden die arbeitenden Kollegen verpflichtet, allmählich zur Unterstützung der Streikenden bestimmte Beiträge zu zahlen.

Ein kommunistischer Erfolg.

Wir erhalten den folgenden Beitrag zur Kennzeichnung der kommunistischen Rationierungen in den Betrieben:

In dem durch ähnliche Voraussetzungen schon bekannten Schwarzkopfschen Betriebe kam es infolge der Urabstimmung über das vorläufige Verhandlungsergebnis in Metallgewerbe wieder zu einer unerhörten Agitation gegen die empfohlene Annahme der einstweiligen Tarifveränderungen. Abgesehen von terroristischen Einzelfällen trieben die Mehrzahl der Betriebsfunktionäre durch zirkulierende „Probekontrollzettel“ mit Bekanngabe ihrer disziplinarischen Straßnahmen gegen den Vorschlag der Organisation Propaganda. Mühselig wurde „aufgeklärt“: Ja Stimme für die alten Sätze, Nein dagegen. Anderen Kollegen wurde eingeredet, mit Ja werde für Streik gestimmt, mit Nein dagegen usw. Der „Erfolg“ war die Ablehnung der vorläufigen Zulagen mit 700 Neinstimmen gegen 270, worüber große Siegesfreude über die eigene Oberseite. Schwarzkopf ist nicht Groß-Berlin. Jedenfalls müßten für solche Abstimmungen ordnungsmäßige Stimmzettel mit Vordruck vorhanden sein, wo das Richtigmüßliche einfach durchstrichen wird.

Lohnbewegung der Rollstuhler.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der Rollstuhler Groß-Berlins wurde von Böse über die letzte Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern Bericht erstattet. Wie von dem Redner bekanntgegeben wurde, haben die Arbeitgeber sich bereit erklärt, einen Wochenlohn von 370 M. zu bewilligen. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren sollen 150 M., über 17 bis 19 Jahre 170 M., über 19 bis 20 Jahre 205 M. und über 20 bis 21 Jahre 255 M. erhalten. Jedoch sollen bereits vorhandene höhere Löhne nicht herabgesetzt und den jüngeren Kräften, die volle Rollstuhlerarbeit verrichten, auch der volle Lohn bezahlt werden. Für Zuschläge wurde ein Stundenlohn von 8,70 M. vereinbart. Die meisten Bestimmungen des alten Tarifs sollen bestehen bleiben, für einige weniger wesentliche ist eine Milderung vorgesehen worden. Nachdem der Berichtsteller hierzu nähere Erklärungen abgegeben und Standpunkte namens der Lohn-

kommission gesprochen hatte, wurde von den Rednern die Annahme des Angebots empfohlen.

Die folgende Diskussion ergab jedoch, daß die Versammlung gegen die Annahme war, und es wurde ein Antrag eingebracht, nochmals mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten. Das wurde von der Lohnkommission entschieden abgelehnt, weil keine Aussicht für eine Mehrbewilligung bestehe. Als der Vorsitzende Böse über das Angebot mittels Stimmzettel abstimmen lassen wollte, wurde einfache Abstimmung durch Handerheben verlangt. Es kam zu einer zeitweise sehr erregten Geschäftsordnungsdebatte, die damit endete, daß das Angebot der Arbeitgeber einstimmig abgelehnt wurde.

Die Danziger Hafenarbeiter beschloßen heute, den Lohn tarif zum 1. September zu kündigen und mit Rücksicht auf die dauernd ansehende Teuerung im Freistaate eine 75prozentige Lohnhöhung zu fordern. Der Senat hat den Beamten und Angestellten im Freistaate Gehalts- und Lohnaufbesserungen von 30 Prozent bewilligt.

Die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Jugendlichen war in unserem Bericht über die erste Jugendkonferenz des ADGB in Nr. 396 des „Vorwärts“ mit 300 000 angegeben, „das ist der zwanzigste Teil aller gemerbstätigen Jugendlichen“. Hierzu wird uns berichtet, daß der Referent Pletisch feststellte: „Zurzeit sind etwa 300 000 Jugendliche, das sind rund 20 Proz. aller erwerbstätigen Jugendlichen, in den freien Gewerkschaften organisiert.“

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Staatsbetriebe. Montag, 8 Uhr. im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Str. 1112; Kollegienversammlung des Personals der Groß-Berliner Versorgungsanstalten. Tarifverhandlungen.

Autarbeiterverband. Dienstag, 30 August, 7 1/2 Uhr. in der Kommandantenstraße 23/24 a 2 Tr. Sitzung der Obfrau aller Fachbetriebe: Stellungnahme zur wirtschaftlichen Lage. Forderung einer Einheitsbeiträge. Aus jedem Betriebe muß eine Kollegschaft vertreten sein.

Metallarbeiterverband. Achtung! Schmelze der Großbetriebe. Von einem großen Teil der Großbetriebe fehlen noch die Beantwortungen der Fragebogen über die Akkorddienste der Schmelze in den Großbetrieben. Deshalb eruchen wir auf diesem Wege, die Fragebogen umgehend auszufüllen und sie direkt an unsere Verwaltung einzufenden. Im Interesse einer einheitlichen und genauen Feststellung der Bedienung muß jeder Großbetrieb den Fragebogen unbedingt ausfüllen. Die Verwaltung.

Aus aller Welt.

Ein Notzettel.

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Aufrufs gebeten: Furchtbares Unheil hat Wajungen getroffen. Ein ganzes Stadtviertel ist ein Raub raufender Flammen geworden! Nahezu 30 Wohnhäuser und zahlreiche gefüllte Speicher sind zerstört, mehr als 50 Familien obdachlos, Millionenwerte vernichtet.

Gerade die Ärmsten der Armen trifft das Unglück. Um das namenlose Elend zu lindern, bitten wir recht herzlich alle, reichlich zu geben und reich zu geben! Einzelne und Vereine, Gewandten und Staat rufen wir dringend auf, zu helfen! Alles wird gebraucht!

Geld wolle man dem Bürgermeisteramt in Wajungen, der Bank für Thüringen in Weiningen oder der Geschäftsstelle der „Wajunger Zeitung“, andere Spenden (Kleider, Schuhe, Nahrungsmittel usw.) dem Bürgermeisteramt in Wajungen übersenden.

Der Empfang wird öffentlich bescheinigt. Dank der Unglücklichen schon im voraus allen mildtätigen Gebern!

Weiningen und Wajungen, den 23. August 1921.
Der Landrat. Hößling.
Der 1. Bürgermeister. Pfeiffer.

Der Brand im New-Yorker Hafen. In Hoboken sind durch den Brand zwei Anlegeboots vernichtet worden, wobei die Transportschiffe mit den Leichen der in Frankreich gefallenen amerikanischen Soldaten gefährdet wurden. Das Transportschiff „Abeonon“, auf dem sich 2000 Gefasene befanden, mußte von dem brennenden Pier abgeschleppt werden. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Großfeuer in Moskau. Aus Khabal und Riga in Kobensagen eingetroffene Nachrichten melden, daß in Moskau seit zwei Tagen ein ungeheures Großfeuer tobt. Mehrere Viertel der Stadt stehen in Flammen. Diehundert Häuser sind vernichtet worden, darunter das Volkshaus. Zahlreiche Personen sind bei dem Brande umgekommen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X/11, Einienstr. 83-85

Gründungszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 196, 1231, 1987, 9714

Sonntag, den 28. August, vormittags 7 1/2, 11 1/2, im Saal von Wollschlager, Badischestr. 21

Außerordentl. Versammlung der Drahtarbeiter Groß-Berlins

Die Vertrauensmänner treffen sich im selben Saal um 7 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern über die Teuerungszulage. 2. Branchenspezifische Angelegenheiten. 3. Berichtlesen.

Die Ortsverwaltung.

Neuköllner Möbel-Vertrieb

Ludwig Rogasner

Köpenicker-Str. 100, Ecke Anhalterbahnhof

FRANKFURT NEUKÖLLN 9050

Spec. Schlafzimmern

Küchen

Besuchen Sie meine Qualitäten u. Preise

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metzler-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kolleg der Bohrer

Friedr. Fleischer

Weshenburger Str. 98

am 24. August gestorben ist.

Ohre (seinem Todeben)

Einlieferung am Abend

27. August, nachm. 1/2 Uhr,

im Krematorium Baum-

schulungsm.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Schlechtsitzende Korsette

werden nach jeder Figur, passend unter

Garantie, tadellos umgearbeitet

Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche

jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus

Korsettfabrik Richard Necke

1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Trenkow-Allee 53

2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 20

3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 58

Ecke Alte Jakobstraße 124B

Die Ortsverwaltung.

Alte Hüte

Impressen und Modernisieren

von Damen- und Herrenhüten.

Herm. Fuchs

Berlin O 112,

Franfurter Allee 207.

Die Ortsverwaltung.

Nutzeisen

Stabeisen, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,

Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstapfen

usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bin.-Neukölln

Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48

Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenbg. 646/647

Die Ortsverwaltung.

Damenhuthaus

114 Brunnenstr. 114

Extra-Angebot

Echte Velourhüte nur 125 M.

Joseph Cohn & Co.

Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei

Löffler

Rosenthaler Straße 66

Nähe Rosenthaler Platz

Anzüge r. M. 325, Paletots r. M. 350 an

Anfertigung in eigener Werkstatt

Korbmöbel

kaufen Sie am schnellsten und billigsten bei

A. Sedau

Unterstadt für Ihre Korbmöbel

Reparatur-Handwerk 1739

Ausstellung und Verkauf nur

Abends, Anhalterbahnhof 20

Max

Prenzlauer, Berlin Norden,

Reinickendorfer Str. 117,

die altbekannte Möbel-

firma kann von sich sagen:

du hast

in mehr als 30jährigem

Bestehen im Norden

das

größte Vertrauen er-

worben. Dieses ehrt sie

durch Gegenvertrauen:

sie gibt jedem kulantem

Kredit. Darum sei Ihnen

gesagt:

Schieben

Sie Ihren Möbelaufkauf

nicht unnötig

raus!

Gehen Sie sofort zu

Prenzlauer, denn die

Möbel werden teurer.